STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Morgenausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19200615MO

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

PUBLIC DOMAIN

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentlich 2 M., monatlich 8,50 M. vorauszahlbar frei ins Haus, Kreuzbandsendung monatlich 12 M.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 15 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 25 ₰.

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 2 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 1,80 M. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen

Nr. 272. Dienstag, den 15. Juni 1920. – Morgen-Ausgabe. 34. Jahrgang.

Keine Aussicht auf Lösung.

(Telephonische Meldung unseres Berliner Korrespondenten.)

Nach der Ablehnung der Kabinettsbildung durch den Führer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Dr. Heintze, ist die parlamentarische Situation statt klarer noch verworrener geworden. Bei den Deutschdemokraten nimmt die Abneigung gegen ein rein bürgerliches Ministerium zu. Aber auch aus dem linken Flügel des Zentrums kommen Spaltungsdrohungen für den Fall, daß der rechte Flügel eine Koalition mit den Deutschnationalen eingehen würde.

Unter diesen Umständen haben die eifrigsten Bemühungen des Zentrumsführers Trimborn, der vom Reichspräsidenten nach Dr. Heintze mit der Bildung des Kabinetts beauftragt ist, vorläufig noch wenig Aussicht auf Erfolg. Auch Herr Trimborn setzte sich zunächst mit den Unterhändlern der sozialdemokratischen Partei, den Genossen Müller und Loebe, in Verbindung und fragte sie, ob sie einer nach rechts erweiterten Koalition beitreten könnten, wenn das Zentrum darin die Führung übernimmt. Nach der Verneinung wandte er sich einer zweiten Kombination zu, nämlich Fortführung der alten Koalition, die mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei 243 Mandate, also eine knappe Mehrheit, umfassen werde. Mit solcher schwachen Mehrheit sei in Bayern 5 Jahre, in Belgien 4 Jahre mit Erfolg regiert worden. Genosse Loebe erwiderte ihm, daß die sozialdemokratische Fraktion an einer solchen Konstellation nicht teilnehmen könne. Erstens kann die Sicherheit der zukünftigen Mehrheit nicht auf die Bayerische Volkspartei mit Dr. Heim gegründet werden, und zweitens geben diese Ziffern nur eine Scheinmehrheit an, welche durch die Nichtwahl der Abstimmungsgebiete herbeigeführt worden sei. Genosse Müller fügte hinzu, daß eine von solch schwacher Mehrheit getragene Regierung nicht mit der nötigen Autorität nach Spaa gehen könne.

Darauf brachte Trimborn eine dritte Möglichkeit zur Sprache, nämlich einen Block der Mitte, der aus den Demokraten, dem Zetrum und der Deutschen Volkspartei bestehen würde. Zwar würde derselbe nur 188 Abgeordnete aufweisen, aber vielleicht auf wohlwollende Neutralität der Nachbarparteien, besonders der Mehrheitssozialisten rechnen. Die Sozialdemokratie, welche doch sicherlich auch die Herstellung eines regierungsfähigen Kabinetts wünsche, dürfe eine solche Bildung nicht schroff ablehnen, sondern müsse die Verbindung mit der Vergangenheit und Zukunft aufrechterhalten. Sie könne ja eventuell einen Fachminister als Sicherheitswache im Kabinett zurücklassen. Ein allen genehmer Reichskanzler sei auch vielleicht in Herrn Fehrenbach zu gewinnen. Besonders hervortretende Vertreter des Großkapitals oder des Alldeutschtums würden in einem solchen Kabinett nicht enthalten sein. Da die sozialdemokratische Fraktion zu einer solchen Koalition noch nicht Stellung genommen hatte, mußten unsere Vertreter eine Stellungnahme bis nach erneuter Rücksprache mit ihren Auftraggebern vertagen. Genosse Müller versicherte aber im voraus, daß eine solche Regierung von uns nach ihren Taten beurteilt werden müßte und jeder Versuch, auswärtige Politik nach dem Rezept der Deutschnationalen Volkspartei zu treiben, von uns aufs schärfste bekämpft werden müßte.

Trimborn hat im Laufe des Montag mit den drei andern bürgerlichen Fraktionen über dieselbe Kombination verhandelt, wie oben angedeutet, ohne größere Aussicht auf Erfolg. Auch der weiter abliegende Plan, die Koalition aller bürgerlichen Parteien noch einmal in Erwägung zu ziehen, wird keine größere Aussicht auf Erfolg haben.

Politische Nachrichten.

Von den Landtagswahlen in Mecklenburg-Schwerin wird dem „Vorwärts" gemeldet, daß trotz geringerer Wahlbeteiligung die Sozialdemokratische Partei an Stimmen gegenüber der Reichstagswahl bisher zugenommen hat. Den Verlust tragen die Unabhängigen und Demokraten. In manchen Orten verlor die Unabhängige Partei Hunderte ihrer Wähler, die von der SPD. restlos aufgenommen wurden. Außer der Sozialdemokratischen Partei hat nur noch die Deutsche Volkspartei Zunahmen zu verzeichnen.

Selbstkritik der „Freiheit".

In ihrer Besprechung des Beschlusses der sozialdemokratischen Fraktion passiert der „Freiheit" ein bemerkenswertes Eingeständnis. Sie sagt nämlich: „Die Regierungsbildung ist jetzt zunächst Sache der bürgerlichen Parteien. Sie haben bisher jede sozialistische Politik verhindert, aber alle Verantwortung immer wieder auf die angebliche sozialistische Regierungspolitik abgewälzt. Jetzt werden sie zu zeigen haben, was sie selbst leisten können."

Damit versetzt sich die „Freiheit" einen Faustschlag in das eigene Gesicht. Denn ebenso sehr wie die Reaktion haben die Unabhängigen alle Verantwortung für die Politik der Koalitionsregierung ausschließlich auf die Sozialdemokratische Partei gewälzt.

Keine Freunde der USP.-Passivität.

Das Verhalten der USP. wird sogar von Karl Schneidt, der in seinem Monatsblatt seit Jahr und Tag die gehässigsten Angriffe gegen unsere Partei richtet und den Unabhängigen Zutreiberdienste leistet, in der schärfsten Weise kritisiert. Er sagt, daß, wer unter Arbeitern verkehrt, täglich und stündlich die Erfahrungen machen könne, daß sie nicht durchweg einverstanden seien mit der Haltung der „Freiheit" und der Führer. Man habe sich von der Wahl doch etwas mehr versprochen als bloß eine Politik der parlamentarischen Enthaltung und Passivität. Weiter sagt Schneidt, das Verständnis für eine Politik der Enthaltung ist bei den durch theoretische Klügeleien nicht verbildeten und durch Phrasenschwulst nicht zu betörenden einfachen Menschen nicht sonderlich groß. Schließlich spricht er sogar von der Diktatur eines Führerklüngels, die die Diktatur des Proletariats ersetzen solle. Auch Helmut von Gerlach redet in der „Welt am Montag" den Unabhängigen zu, es mit einer Arbeiterregierung zu versuchen.

Die Wahlkosten der Deutschen Volkspartei.

Wie das „Berliner Tageblatt" mitteilt, hat der Berliner Berichterstatter des „Matin" seinem Blatt mitgeteilt, daß die Deutsche Volkspartei 500 Millionen Mark für ihre Wahlkampagne ausgegeben hat. In Frankreich sagt man sich natürlich, ein Land, wo die Rechtsparteien sich einen solchen Luxus geleistet haben, könne eine sehr hohe Kriegsentschädigung zahlen und sei keineswegs verarmt.

Die Verhaftungen in Ludwigshafen.

Wie die „B. Z." aus Ludwigshafen meldet, sind unter den von den Franzosen verhafteten Mehrheitssozialisten die Vorsitzenden des Arbeiterausschusses und des Angestelltenausschusses sowie ein Mitglied des Betriebsrats der badischen Anilin- und Sodafabrik. Die Wohnungen der Verhafteten wurden nach Schriftstücken durchsucht. Einer der Verhafteten, Stadtrat Körner, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Man bringt die Verhaftungen mit dem unlängst erfolgten Ausschreitungen in der Anilinfabrik in Zusammenhang. Die Arbeiterschaft fordert die Freilassung der Verhafteten und droht für den Fall der Ablehnung mit dem Ausstand.

Regierungskrise in Norwegen.

Auch in Norwegen ist eine Krise ausgebrochen. Man erwartet, daß das Kabinett bei der Beratung des Straßenbaugesetzes in die Minderheit geraten und zurücktreten wird.

Börsenmanöver.

Die Nachrichten von einer Gegenrevolution in Moskau finden nirgends Glauben, und die Erklärungen des Vertreters der Sowjetregierung in Berlin, Kopp, daß er gestern noch drahtlose Nachrichten aus Moskau erhalten habe, die in gar keiner Weise eine Gegenrevolution wahrscheinlich machen oder nur im entferntesten andeuten, läßt diese Nachricht als eine haltlose Kombination, vielleicht als irgend ein Börsenmanöver, erscheinen.

Kleine politische Mitteilungen.

Der Parteiausschuß der Demokraten ist für die Tage vom 2. bis 4. Juli nach Berlin einberufen.

Am Montag nachmittag ist in Danzig das Freistaatparlament zusammengetreten. Die Deutschnationalen sind die stärkste Fraktion und erhalten die erste Präsidentenstelle. Die Unabhängigen bekommen den ersten Vizepräsidenten und die Sozialdemokraten den zweiten.

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands tagte in Berlin. Es wurde eine Resolution vorgelegt, welche verlangt: Vereinheitlichung des gesamten Polizeiwesens unter Zusammenfassung der zurzeit vorhandenen brauchbaren Beamten aller Schattierung unter Hinzuziehung von Fachleuten aus dem Polizeiexekutivdienst.

Die rechtsstehende Berliner Presse veröffentlicht ein Flugblatt mit den Unterschriften der unabhängigen Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale, in welchem zum Generalstreik und zur Bewaffnung der Arbeiterschaft aufgefordert wird. Der „Vorwärts" erklärt dieses Flugblatt als eine Fälschung, die „Freiheit" aber sagt, daß es sich um ein Flugblatt handelt, welches Ende Mai vorbereitet war für den Fall, daß die Reichstagswahlen durch einen Putsch gestört werden würden.

Der argentinische Senat nahm das Gesetz über den Zollzuschlag auf Getreide, das sofort in Kraft gesetzt wird, an. Infolgedessen ist das Getreideausfuhrverbot aufgehoben worden.

Tages-Bericht.

Hamburg.

Sozialdemokratischer Verein für das hamburgische Staatsgebiet.

Distrikt Altstadt.

Die gestern abend angezeigte Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause findet heute nicht statt. Die Versammlung ist auf Freitag, abends 7½ Uhr, vertagt.

Die Distriktsleitung.

Achtung, Distrikt Rotenburgsort!

Distriktsverwaltungssitzung heute, Dienstag, abends 8 Uhr, bei Röhl. Sämtliche Bezirksführer und der weibliche Distriktsausschuß sind dringend eingeladen. Die Distriktsleitung.

Die „revolutionäre" Taktik der USP.

Einzig auf die Weltrevolution, die der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ein Ende bereiten und dem Sozialismus zum Siege verhelfen soll, ist der Blick der Volks-Zeitungs-Strategen gerichtet. Was braucht man da noch positive Gegenwartsarbeit zur Besserung des Arbeiterloses zu leisten, wenn die Weltrevolution so nahe gerückt ist und ihr Sieg den Sozialismus verheißt. Einstemalen unsere wortradikalen USP. Brüder sich nie so recht für diese positive Arbeit begeistern konnten und darum anderen, den SPD.-Genossen, den Vorrang ließen, die dafür sich auch als die Stützen des Kapitalismus verlästern lassen mußten. Wenn der Wille der „Volks-Zeitungs"-Strategen entscheidet, wird die auf 80 Köpfe angewachsene USP.-Fraktion im Reichstage ihre „revolutionäre" Kraft nicht „verpulvern" durch die Mitarbeit an Reformen, die nach radikaler USP.-Ansicht vom Klassenkampf nur ablenken könne. „Revolutionäres Handeln", wie ein Artikel in der gestrigen „Volks-Zeitung" besagt, wird der Reichstagsfraktion der USP. zur Pflicht gemacht. Was darunter zu verstehen ist, wird in folgenden Ausführungen gesagt:

Dann aber bedarf es einer parlamentarischen Taktik, die sich nicht erschöpft in dem zwecklosen Versuch, durch Reformen die Verelendung der Arbeiterschaft aufzuhalten, die vielleicht darauf abzielen muß, den Bankerott des parlamentarischen Systems noch eklatanter zu gestalten. Verhinderung der Arbeit, die dem Ausbau des kapitalistischen Systems, dem Ausbau des politischen Systems der Herrschaft der Bourgeoisie dient, Sabotage an aller parlamentarischen Arbeit, die sich gegen die Arbeiterklasse kehrt — Antistreikgesetz! Neue Steuergesetze! — das muß im Parlament eine Selbstverständlichkeit sein. Aus solcher Wirksamkeit heraus muß Kampfruf auf Kampfruf ergehen — immer wieder aber muß der Inhalt sein: Zertrümmerung der Macht der Bourgeoisie, Errichtung der Arbeiterherrschaft, fort mit dem bankrotten Parlament, her mit den politischen Arbeiterräten!

Wenn der Bankrott der parlamentarischen Demokratie offenbar wird, erscheint hinter dem bankrotten Parlament der revolutionäre Rätekongreß. Der Kampfruf: Revolutionäre Arbeiterräte! drängt sich heute dem klassenbewußten Proletariat von selbst auf die Lippen. Was bisher propagandistische Parole war, wird in den nächsten Aktionen erste durchzuführende Maßregel. Gegen das Parlament den Rätekongreß, gegen die staatlichen Machtmittel der Bourgeoisie die politischen Arbeiterräte — diese Parole muß ständig aus dem Parlament heraus an die Massen ergehen.

Wenn die Sozialdemokratie seit dem Siege der Revolution sich nach Kräften bemüht, durch gesetzgeberische Maßnahmen unser Wirtschaftsleben wieder aufzurichten und dadurch der notleidenden Bevölkerung eine bessere Existenz zu sichern, so ist das nach den revolutionären Phrasen der Volkszeitungsleute ein Wiederaufbau des kapitalistischen Systems, eine Stärkung der Bourgeoisie. Je schlechter es den Arbeitern geht, um so geneigter werden sie sein, von einer proletarischen Rätediktatur alles Heil zu erwarten. Wir glauben nicht, daß die neugewonnenen Wähler der USP. sich mit diesem unsicheren Wechsel auf die Zukunft zufrieden geben werden, sie wollen schon in der Gegenwart eine Besserung ihres Loses und bleibt ihnen die durch die Unfruchtbarkeit der USP. versagt, dann ist es auch mit der Herrlichkeit der „revolutionären" Partei zu Ende.

Helfferich verzichtet auf Hamburg.

Nach den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten" teilte Dr. Helfferich der Parteileitung der deutschnationalen Partei in Braunschweig mit, daß er auf Grund bestimmter Erwägungen innerhalb der Parteileitung sich entschlossen habe, die auf ihn gefallene Wahl in Hessen-Nassau anzunehmen. Damit treten in den Wahlkreisen Braunschweig-Süd-Hannover und Hamburg die Ersatzkandidaten an die Stelle Helfferichs.

Für Hamburg rückt dann von der Deutschnationalen Partei Frau Voß-Zietz oder, falls diese schon an anderer Stelle gewählt sein sollte, Herr Gutknecht an Helfferichs Stelle.

Der Zoologische Garten wurde am Sonntag, 13. Mai, außer den Eintrittsberechtigten Aktionären und Abonnenten von 9411 zahlenden Personen besucht.

Herr John Walter Beck, Elektromechaniker, Hochallee 106, bittet uns festzustellen, daß er nicht identisch ist mit dem Elektromechaniker Walter Beck aus Flensburg, der in Nr. 270 unseres Blattes in dem Bericht über die Festnahme einer Großschieberbande genannt worden war.

Wer ist der Finder? Dem Arbeiter Heinrich Schoe aus Ahrensböck bei Lübeck ist auf der Fahrt von dort nach Hamburg seine Brieftasche mit allerhand wichtigen Legitimationspapieren, einem Bankausweis, Brotkarten usw. abhanden gekommen. Da Herr Schoe durch den Verlust in eine sehr unangenehme Lage gekommen ist, wird der ehrliche Finder gebeten, die Tasche baldmöglichst in der Redaktion des „Hamburger Echo" abzugeben.

Ueberfahrener Knabe. Der Schulknabe Hans Tose war in der Lagerstraße auf einen Wagen geklettert. An einer scharfen Biegung wurde der Junge heruntergeschleudert und kam so unglücklich unter den Wagen, daß die Räder über ihn hinwegingen. Im Freimaurer-Krankenhaus wurden die überaus schweren Kopfwunden — ein Rad war direkt über den Kopf gegangen — verbunden, dann mußte man dem Bedauernswerten ein Bein amputieren.

Angeschossen. Als der in Wilhelmsburg wohnende Kaufmannslehrling Helmuth Dehlsen sich in Begleitung seiner Mutter auf dem Wege zum Bahnhof befand, hörte man plötzlich einen Schuß fallen, und von einer Kugel getroffen brach D. zusammen. Der junge Mann wurde ins Allgemeine Krankenhaus St. Georg geschafft. Von dem Schützen fehlt jede Spur.

Der Todestrank. Das am Woldsenweg 16 wohnende 20 Jahre alte Fräulein Kobs trank aus einer mit Salzsäure gefüllten Flasche. Mit schweren innerlichen Brandwunden wurde sie ins Allgemeine Krankenhaus Eppendorf geschafft. Dort ist sie kurz nach ihrer Einlieferung gestorben.

Der rätselhafte Perlendiebstahl. In einem bekannten Juwelengeschäft an der Alster kam vor einiger Zeit ein sehr wertvolles Perlenkollier auf rätselhafte Weise abhanden. Nunmehr ist es der Kriminalpolizei gelungen, eine Spur zu finden, die den eigenartigen Diebstahl aufzuklären verspricht. Mehreren Angestellten der geschädigten Firma konnte nachgewiesen werden, daß sie das ihnen geschenkte Vertrauen seit längerer Zeit in gröbster Weise mißbraucht haben, worauf ihre Verhaftung erfolgte. Im Bankfach eines dieser Angestellten entdeckten die Beamten 60 000 M in Tausendmarkscheinen, die zweifellos auf unrechtmäßige Weise erworben sind. Um die weiteren Nachforschungen nicht zu stören, muß vorläufig von der Wiedergabe von Einzelheiten abgesehen werden.

Warendiebstähle. Aus einem Eisenbahnwagen am Bahnhof K. wurden fünf Kisten mit 648 Metall-Weck- und Taschenuhren im Werte von 28 000 M gestohlen. — Aus der Averhoffstraße entführte ein Dieb einen Rollfederwagen mit 27 Kisten Marmelade. Auf die Wiederherbeischaffung ist eine Belohnung von 2000 M ausgesetzt worden. Das Fuhrwerk war mit zwei Pferden, einem Fuchs und einem Schimmel, bespannt.

Beschlagnahmtes Fleisch. Auf der Hummelsbütteler Landstraße wurde der Wagen eines Schlachtermeisters angehalten, der mit 600 Pfund frischem Ochsenfleisch beladen war. Die ganze Ladung wurde beschlagnahmt und dem Kriegsversorgungsamt übergeben.

Der doppelte Boden. Die Oberzoll-Inspektion der Grenzaufsicht verhaftete den Schiffer J. wegen Zolldefraude und bandenmäßigen Spritschmuggels. J. war Anführer einer Bande, die in letzter Zeit zahlreiche Fahrzeuge durch den Zoll brachte, die angeblich keine verzollbaren Sachen an Bord hatten. Es ist festgestellt worden, daß alle Fahrzeuge doppelte Böden hatten, in denen der zum Schmuggeln bestimmte Sprit untergebracht war.

Auf und davon. Der angebliche Kinoschauspieler Benno Baum, der sich auch Kurt Pepermann nannte, versprach einem in der Stresowstraße wohnenden Mädchen die Ehe. Er nahm der Braut ihre 3300 M betragenden Ersparnisse ab, außerdem gab ihm das Mädchen sämtliche Gold- und Silberschmucksachen zum Verkauf, um für den Erlös das Nest zu bauen. Nun ist er spurlos verschwunden.

Altona und Umgegend.

Stadtverordnetenkollegium. In der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums am Montag, 14. Juni, teilte der Bürgervorsteher Ostertag mit, daß der Jahresbericht der Fischereidirektion Altona eingegangen ist, ebenso eine Eingabe von Bahrenfelder Geschäftsleuten wegen Ausbaues des Eidelstedter Weges. In den Aufsichtsrat des Elektrizitätswerkes „Unterelbe" werden die Stadtverordneten Löwenthal und Hagge gewählt. — Nachdem das Kollegium noch die Entlassung und Wahl von mehreren Wohlfahrtspflegern vorgenommen hatte, wurde die Sitzung geschlossen.

Die Fischzufuhren der letzten Woche. In der Zeit vom 7. bis 12. Juni wurden von 26 Dampfern insgesamt 894 000 Pfund frische Fische am Altonaer Fischmarktponton gelandet.

Altonaer Schwurgericht. Wegen Sittenvergehens hatte sich der 28 Jahre alte Hilfsschaffner W. aus Hamburg vor den Geschworenen zu verantworten. Er hat am 6. Januar 1920 in Stellingen unter Anwendung von Gewalt an einer Beamtin des Fernsprechamts unsittliche Handlungen ausgeführt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Erschossener Einbrecher. Nach einer bei der hiesigen Staatsanwaltschaft eingegangenen Meldung wurde vor einigen Nächten in einer Villa in Schwarzenbeck ein Einbruch ausgeführt, wobei den Dieben Silber- und sonstige Wertsachen in die Hände fielen. Als Täter kamen zwei Männer in Frage. Einer der Burschen konnte in Schwarzenbeck festgenommen werden, der zweite ergriff die Flucht, und da er auf Anruf nicht stand, vielmehr einen Revolver zog, machte der Gendarm von seiner Schußwaffe Gebrauch und verletzte den Einbrecher durch einen Kopfschuß tödlich. Die gestohlenen Sachen und verschiedenes Diebeswerkzeug wurden bei ihm gefunden; Legitimationspapiere führte der Erschossene nicht bei sich.

e. **Stellingen-Langenfelde.** Festgenommen wurde von dem Hamburger Fahndungskommando der 28jährige Strafgefangene Peters, der am 5. Juni 1919 gewaltsam aus dem Altonaer Gerichtsgefängnis befreit wurde und am 23. Juni mit seinen Komplicen in das hiesige Rathaus eindrang. Peters war der Führer der Bande; er ließ das Rathaus umstellen, wobei der Gemeindevorsteher und mehrere Kommissionsmitglieder gefangengenommen wurden. Die Bande erpreßte hierdurch 5000 M.

e. **Lokstedt.** In der geheimen Gemeindevertretersitzung wurden zunächst die Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten und -angestellten geregelt. Durch die Regelung ergibt sich eine Ueberschreitung der Ansätze des Haushaltsplanes um 30 000—40 000 M. Desgleichen wurde die Anrechnung der Sätze für Naturalbezüge (Gas, Licht, Heizung usw.), die den einzelnen Beamten zustehen, neu geregelt. Zu den Kosten des von Rektor Ehlers in Rendsburg herauszugebenden Heimatbuches für den Kreis Pinneberg soll ein Beitrag von 1000 M geleistet werden.

e. **Gestohlen** wurde bei einem Einbruch aus der von einer Witwe bewohnten Villa zwei Garnituren rote Tuchportieren, eine Garnitur dunkles Mokette, im Gesamtwerte von 32 680 M. Auf die Wiederherbeischaffung der Sachen sind 1500 M Belohnung ausgesetzt.

Aus den Elbgemeinden.

Osdorf. Verkauf von Kartoffeln an jedermann am Dienstag von 8—10 Uhr. Abgabe von Steinkohlen, 22 M pro Zentner, Briketts, Zentner 30 M, und Tannenzapfen, 17 M pro Zentner.

Kl.-Flottbek. Am Dienstag Verkauf von 250 Gramm Nudeln zu 1 M, 200 Gramm Hontg zu 2,92 M auf Marke 116 in sämtlichen Geschäften. Kartoffelverkauf auf Ausweiskarte, Preis pro Pfund 30 ₰.

Nienstedten. Verkauf von Heuerung am Donnerstag bei Timm von 8—11½ Uhr für die Nummern 1—400, von 1½—5 Uhr für die Nummern 401—819. Ausgabe der bestellten Kartoffeln am Mittwoch bei Feist von 8—11½ Uhr und von 1—4½ Uhr.

Blankenese. Abgabe von 150 Gramm Schmalz auf Marke 42 und 43. Marke 42 ist als Bestellmarke bis Dienstag mittag in den Geschäften einzureichen. 1 Pfund Haferflocken zu 2 M auf Marke 44.

Wandsbeck und Umgegend.

t. **Bramfeld.** Der Gemeindevorsteher Wilhelm Markmann ist in der Nacht zum Sonntag im Barmbecker Krankenhause einer schweren Krankheit erlegen.

t. **Bramfeld.** Ausgabe von Zwieback auf Berechtigungskarten. Wie die Lebensmittelkommission mitteilt, muß infolge größerer Nachfrage nach Zwieback die Ausgabe an Kranke und Kinder durch Berechtigungskarten wieder sichergestellt werden. Die Karten sind täglich in der Geschäftsstelle zu haben.

t. **Sonderkartenausgabe.** Am Mittwoch, 16. Juni, von 9—12 Uhr vormittags, werden in der Geschäftsstelle die Sonderzulagekarten für werdende und stillende Mütter, sowie die Zuckerkarten für Kinder bis zu zwei Jahren ausgegeben.

t. **Warenausgabe.** Die Lebensmittelkommission verteilt am Mittwoch in allen Geschäften 350 Gramm Zucker für die zweite Hälfte des Monats Juni und 200 Gramm Haferflocken. Die Waren werden auf Nr. 18 der Ausweiskarte abgegeben.

t. **Abgabe von Futterkartoffeln.** In Wandsbeck sind bei der Kartoffelstelle Futterkartoffeln zu erhalten zum Preise von 3 M, 9 M und 15 M der Zentner.

Harburg und Wilhelmsburg.

w. **Geborgene Leiche.** Am Ufer des Meiersiegs wurde die Leiche eines etwa 20 Jahre alten Mädchens gefunden. Es handelt sich aller Wahrscheinlichkeit nach um jene Person, die in der Nacht vom 4. bis 5. Juni vom Konowschen Ponton in selbstmörderischer Absicht ins Wasser sprang und dann, trotz herbeieilender Hilfe, ihren Tod fand. Die Tote, die in die Leichenhalle des Meiersiegfriedhofs gebracht wurde, ist bekleidet mit einem dunkelgrauen Kostüm. Wäschezeichen sind nicht vorhanden. Bisher konnten die Personalien der Toten noch nicht festgestellt werden.

Hamburger Landgebiet.

a. **Geesthacht.** Parteiversammlung am Sonnabend, 12. Juni. Genosse Biedermann hielt einen sehr interessanten Vortrag über das Thema: „Was lehren uns die Reichstagswahlen?" Redner besprach die Wahlerfolge einzelner Parteien und ihre Ursachen. Die Wahlparolen der verschiedenen Parteien, die zum Teil recht geschickt gewählt waren, unterzog er einer scharfen Kritik. Unsere Partei war durch ihre Teilnahme an der Regierung in eine Verteidigungsstellung gedrängt. Redner empfiehlt die Schaffung eines Agrarprogramms und eine kräftige Agitation auf dem Lande. Das Erfurter Programm, das zum Teil schon überholt ist, müsse ergänzt werden. Hat auch der Wahlausfall eine Klärung der politischen Lage nicht gebracht, so hat das deutsche Volk sich doch entschieden gegen eine Diktatur und für die Republik ausgesprochen. Sodann besprach er die Möglichkeiten der neuen Regierungsbildung, dabei die Antwort Crispiens an den Genossen Müller gebührend würdigend. In der Diskussion wurde die Einberufung eines Parteitages gewünscht. Unter „Verschiedenes" wurden einige interne Angelegenheiten besprochen.

Theater und Musik.

Carl Schultze-Theater. Am Sonnabend ging an dieser Bühne erstmalig „Sybill", Operette von Max Brody und Franz Martos, Musik von Victor Jacobi, in Szene. Eine Wiedergabe der Handlung erübrigt sich, da die Geschichte von der Hoheit, die gern einen Seitensprung macht, ein in allen möglichen Variationen wiederkehrender Stoff der Operettendichter ist. Der einzige Unterschied ist der, daß der Roman diesmal nicht in Wien oder auf dem Balkan spielt, sondern im alten Zaren-Rußland, was die Wahrscheinlichkeit der Handlung auf keinen Fall erhöht. Auch der Komponist hat nicht den Ehrgeiz gehabt, musikalisches Neuland zu entdecken; seine Musik erhebt sich daher auch nicht über das Niveau der Operettenkomponisten der letzten Zeit. — Die Aufführung unter Kuthans Regie war glänzend, wie das an dieser Bühne nachgerade zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Allen voran Gertrud Seewald-Schultze als Sängerin Sybill, daneben Julius Kuthan als Großfürst, Curt Lilien als ihr urkomischer Impresario, Pepi Berg als dessen Frau, Trimborn als Leutnant, sowie Siegfried Arno als Gouverneur. Der Beifall war groß, so daß die Verfasser sich nach dem zweiten Akt zeigen konnten. Außerdem gab es die üblichen Blumenspenden.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Vom Deutschen Lehrerverein erhalten wir folgende Zuschrift: Die Universität Berlin erhebt in einer Kundgebung nachdrücklichst Einspruch dagegen, daß die Ausbildung der Volksschullehrer auf die Universitäten übertragen wird. Da diese schon vom 31. März stammende Veröffentlichung erst jetzt im Juni, unmittelbar vor der Reichsschulkonferenz, den Zeitungen übergeben worden ist, so muß der Deutsche Lehrerverein öffentlich an gleicher Stelle sofort auf einige nach seiner Ueberzeugung irrtümliche und schädliche Gedanken der Kundgebung hinweisen. Obwohl die Universität selbst anerkennt, daß jeder Lehrer wissenschaftlicher Schulung bedarf, lehnt sie die wissenschaftliche Ausbildung, die sie Oberlehrern und Geistlichen, Aerzten und Richtern gewährt, für die Volksschullehrer ab und weist diese auf Sonderbildungsstätten. Sie hält also fest an der alten Scheidung der Lehrergruppen und an der Anschauung einer wesensverschiedenen Unterrichts- und Erziehungsarbeit in Volksschule und höheren Schulen. Nur der gemeinsame Anteil an denselben Bildungswerten aber gibt dem Lehrerstande die innere Einheit, und ohne einheitlichen Lehrerstand erhalten wir niemals die Einheitsschule. — Es ist ferner ein unlösbarer Widerspruch, wenn die Kundgebung gegen die Aufnahme der neuen Lehrerstudenten finanzielle Bedenken äußert, durch die Erweiterung der philosophischen Fakultäten ein Zurückgreifen auf „minderwertige" Universitätslehrkräfte befürchtet, dann aber für selbständige Sonderhochschulen eintritt, die weit höhere Kosten verursachen und eine weit größere Zahl von Lehrenden beanspruchen würden. Die deutsche Lehrerschaft lehnt solche Anstalten mit „minderwertigen" Kräften mit aller Entschiedenheit ab; sie verlangt die für auch von der Kundgebung als notwendig zugestandene wissenschaftliche Schulung an den Universitäten. — Der Deutsche Lehrerverein bedauert es endlich, daß die deutschen Universitäten wie einst bei der Lehrerfortbildung so jetzt bei der Lehrerausbildung nicht den frohen Willen zeigen, an der neu zu lösenden, für das ganze Volk überaus wichtigen Aufgabe tatkräftig und entschlossen mitzuarbeiten; er ist überzeugt, daß die guten Gründe seiner Forderungen sich durchsetzen und Regierung und Volksvertretung ihnen um des Volkes und seiner Schule willen zustimmen werden, wenn nicht mit der Einwilligung, dann gegen die Zustimmung der Universitäten.

Die Studierenden der Kunstgeschichte haben sich zu einer „Vereinigung der Kunsthistoriker an der Universität Hamburg" zusammengeschlossen. Die Vereinigung sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Errichtung eines Lehrstuhls und eines Seminars für Kunstwissenschaft zu erwirken. Sie soll ferner der Kameradschaft und der Geselligkeit eine Stätte bieten und eine Auskunfts- und Beratungsstelle für Kunststudierende sein. Mitglied kann jeder Kunsthistoriker, Hörer oder Gasthörer der Universität werden.

Anmeldungen sind zu richten an den ersten Vorsitzenden Herrn stud. phil. Albert Othmer, Hamburg, Baumeisterstr. 6, III., oder an Fräulein A. Strack, Museum für Kunst und Gewerbe.

Schleswig-Holsteinischer Volksliederausschuß. Wer kennt die Weise oder eine sangbare Fassung folgender Reime?

„Udelum dudel, hev'n Drusselnest fun'n.
Fleegt mi de Oll'n, so nehm ick de Jung'n;
fleegt mi de Jung'n, so nehm ick dat Nest
un sing denn noch immer: Js 'n Drusselnest west."
„As ick 'n lüttje Deern weer,
wull ick gern 'n lütt Hahn hem." usw.

Wir legen besonderen Wert darauf. Postgeld wird ersetzt. Einsendungen erbeten an:

Hans Ruhe, Altona-Bahrenfeld, Emmichstr. 29.

Das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg kann am 15. September 1920 den 20. Jahrestag seines Bestehens feiern. An diesem Tage wird zum ersten Male Ludwig Anzengrubers Volksstück „Das vierte Gebot" in Szene gehen. In der Woche darauf wird ein Lessing-Zyklus gegeben, der, vollständig neu in Szene gesetzt, umfaßt: „Nathan der Weise", „Emilia Galotti" und „Minna von Barnhelm". Die Reihe der klassischen Stücke, die in Neuinszenierungen und Neueinstudierungen dem Spielplan gewonnen werden, wird außer dem Lessing-Zyklus umfassen: Grillparzers „Weh' dem, der lügt", Hebbel: „Gyges und sein Ring", „Maria Magdalena", „Agnes Bernauer", Schiller: „Wallenstein", „Wilhelm Tell", Shakespeare: „Hamlet", „Sommernachtstraum", „Troilus und Cressida". Fernerhin soll wieder eine Molièresche Komödie, voraussichtlich mit Tanzeinlage, im Stil der Entstehungszeit neu gegeben werden. — An modernen Stücken sind für die neue Spielzeit bisher erworben: Hans Johst: „Der König", Rolf Lauckner: „Predigt in Litauen", Leo Lenz: „Bettinas Verlobung" (Uraufführung), Karl Sternheim: „Marquise von Arcis", Robert Walter: „Die Geburt des Narren" (Uraufführung), Bernhard Shaw: „Der Arzt am Scheidewege", „Cäsar und Cleopatra", August Strindberg: „Ostern", „Königin Christine", Edmond de Caillevat und Robert de Flers: „Die Fahrt ins Blaue", Henrik Ibsen: „Nora", „Gespenster", „Die Wildente".

z. Unglücksfall mit tödlichem Ausgange. Der Holzhändler Heinr. Hinsch, der auf dem Geesthachter Bahnhof mit Holzpacken beschäftigt war, kam durch zwei vom Bahnhof ankommende Güterwagen zu Fall und erlitt so schwere Verletzungen, daß er ihnen bald darauf erlag.

Schleswig-Holstein.

Der Kurs Köller wird immer döller.

Aus Schleswig schreibt man uns:

Die Internationale Kommission unter Leitung von Köller-Bruce entfaltet immer mehr ihre neueste Tätigkeit. Diese Kommission, deren Aufgabe eigentlich nur Organisation und Durchführung der Abstimmung war und die darum nur das Recht hat, Verordnungen zu erlassen und Maßnahmen zu treffen, die diesem Zwecke dienen, hat sich jetzt anscheinend die Aufgabe gestellt, die dänischen und deutschen Arbeiter in Nordschleswig um ihr Koalitionsrecht zu bringen und das in so häßlichen Formen zu tun, wie sie Köller nicht kannte. Die Leute werden Knall und Fall verhaftet und abgeschoben, ohne daß sie ihre Angelegenheiten ordnen oder auch nur Paß und Invalidenkarte holen können. Ein Mädchen wurde ohne Hut exportiert und die meisten müssen sich Körpermessungen, Photographie und das Aufnehmen der Fingerabdrücke wie gemeine Verbrecher gefallen lassen. Bis Donnerstag abend waren uns schon 36 Ausweisungen bekannt. Ein Mann wurde ausgewiesen, obwohl er 25 Jahre im Lande wohnt und stimmberechtigt war, ein anderer gleichfalls stimmberechtigter Arbeiter, den das Schicksal traf, ist sogar im Lande geboren.

Rechtlich stützt sich die Kommission auf eine von ihr erlassene Bekanntmachung vom 10. Januar, in der der verflossene Polizeidirektor Braun unter anderem Demonstrationen gegen die Kommission verbot, und eine Verordnung der Kommission vom gleichen Tage, in der die Kommission sich das Recht gibt, „auf Grund von Berichten, die von einem Landrat oder Polizeidirektor erstattet werden, gegen nicht aus dem Abstimmungsgebiet stammende Personen den Ausweisungsbefehl zu erlassen," die beschuldigt werden, Ordnung und Sicherheit gestört, die Freiheit der Abstimmung bedroht, Aus- und Einfuhrbestimmungen übertreten, Schieberei und Wucher betrieben haben oder derartige Delikte versucht zu haben. Weiter heißt es in dieser Verordnung:

„Ebenso unterliegen der Ausweisung entwichene Kriegsgefangene und andere Personen, deren Anwesenheit der Internationalen Kommission unerwünscht scheinen."

Dem Mr. Bruce (ist er ein Nachkomme des einst von den Engländern gehetzten Schotten Robert Bruce?) scheint die Anwesenheit von vielen Personen unerwünscht zu sein; denn man hört von Polizeibeamten, daß 100 bis 200 Personen auf der Ausweisungsliste stehen.

Die Flensburger Gewerkschaften haben dem Gewaltherrscher einen sehr energischen Protest gegen die Arbeiterhetze in der 1. Zone zugestellt. Vielleicht zur Gegenleistung hat Mr. Bruce eine Haussuchung vornehmen lassen, um Streikakten zu finden. Die Mühe war vergebens, wohl aber fand er Plakate, in denen er auf deutsch und dänisch den Wunsch lesen kann, daß die Kommission möglichst bald verschwinden möge. Alle Deutschen und die meisten Dänen schließen sich diesem Wunsche an.

17. Ordentlicher Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.

k. Bad Harzburg, 13. Juni.

Am zweiten Verhandlungstage kommt ein Telegramm des Reichspräsidenten Ebert zur Verlesung, der den Beratungen des Genossenschaftstages reichen Erfolg wünscht. Von Reichsminister Bauer ist ebenfalls ein Telegramm eingegangen. Er wünscht, daß bald an Stelle der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung die Gemeinwirtschaft eingeführt wird. Dazu sollten auch die Konsumgenossenschaften beitragen.

Sodann gibt Heinrich Kaufmann-Hamburg unter Bezugnahme auf den vorliegenden Jahresbericht einen Ueberblick über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine im Berichtsjahre. Durch die gewaltige Entwertung des Geldes war es notwendig, daß für die Aufrechterhaltung der Warenlager der Konsumvereine die doppelte und dreifache Summe erforderlich war. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, das genossenschaftliche Betriebskapital zu stärken und wurde deshalb durchweg die Erhöhung der Geschäftsanteile auf 200 M beschlossen; den Reserven ist 1 pZt. des Umsatzes zuzuführen. Die enormen Zahlen über die Mitgliederbewegung, Warenumsatz, Geschäftsanteile, Spareinlagen haben wir bereits im Vorbericht gebracht. Hierauf behandelte der Redner Vereinbarungen mit dem Allgemeinen Verbande der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zwecks Uebertritts zu dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Diese Bestrebungen haben auch zu dem Freien Ausschuß der fünf genossenschaftlichen Zentralverbände geführt, der sehr fruchtbringende Arbeit in der Behandlung allgemeiner genossenschaftlicher Angelegenheiten für Wahrnehmung der Interessen der Genossenschaften in der Kriegs- und Zwangswirtschaft, hinsichtlich des Ausbaues des Genossenschaftsrechts und namentlich auch auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung geleistet hat. Durch die Zusammenarbeit sind die verschiedenen Genossenschaftsverbände einander näher gekommen. Der vorerwähnte Allgemeine Verband tritt am Ende dieses Jahres zum Zentralverband deutscher Konsumvereine über und soll nach Maßgabe seiner Stärke innerhalb des Zentralverbandes zur Geltung kommen. Damit ist ein wesentlicher Schritt zur Vereinheitlichung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung getan. Die Mitglieder der Konsumvereine rekrutieren heute in politischer Beziehung sich von der äußersten Linke bis tief in die bürgerlichen Parteien hinein. Die Voraussetzung einer fruchtbringenden konsumgenossenschaftlichen Zusammenarbeit sei die Wahrung strengster Neutralität in allen politischen und religiösen Fragen. Der Zentralverband will den Konsum organisieren, nicht durch Zwang, nicht durch Gewalt, nicht durch Terrorismus, sondern durch den freien Willen und die freie Ueberzeugung der Konsumenten, und auf dieser Grundlage des organisierten Konsums will der Zentralverband produzieren. Der Konsument soll frei sein; man gewinnt ihn nur, wenn man den bewußten Konsumentenwillen weckt, wenn durch wirtschaftliche Leistungen wirtschaftliche Vorteile geboten werden, das heißt wenn wirtschaftlicher gearbeitet wird als bei dem Privatkapital. Dazu bedarf es der unablässigen Arbeit, der vollen Hingabe und Pflichttreue eines jeden, der zur Mitarbeit berufen ist. Auf diesem Grunde wird das konsumgenossenschaftliche Haus fest und weiter gebaut werden. Es wird immer größer und wohnlicher werden, es wird ein Haus des Volkes sein, in dem das Volk nach eigenem Willen und zu eigenem Nutzen seine wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst verwaltet und fest in seinen eigenen Händen hält.

Hugo Bästlein-Hamburg referierte sodann über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes. Das Jahr 1919 brachte für den Zentralverband deutscher Konsumvereine Arbeiten in ungeahnter Menge, da nicht nur die ordnungsgemäße Belieferung der Konsumvereine und auch die Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine weiter vorwärts schritten, sondern sich auch immer wieder neue Schwierigkeiten ergaben. Redner zeigt an verschiedenen Beispielen, daß auch nach den Richtlinien vom 4. Januar 1919 verschiedene Reichsstellen, und hauptsächlich Kommunalverbände, immer und immer wieder die Versuche machten, die Konsumvereine im mittelständlerischen Interesse zu unterdrücken. Gegen diese Versuche wird deshalb entschieden Stellung genommen, weil sie der jetzigen Zeit unwürdig sind. Auch bilde der Bureaukratismus der Regierungsmaschinerie heute noch immer ein großes Hindernis, daher komme in der Praxis oftmals eine ganz andere Auswirkung der ministeriellen Erlasse. Die erforderliche Vertretung im Reichswirtschaftsrate sowie das in Aussicht genommene Kommunalisierungsgesetz und schließlich die Unmenge der Steuergesetze hätten dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine eine Veranlassung gegeben, wiederholt einzugreifen, um die erforderlichen Anträge auf Abänderung zu stellen. Das Reichswirtschaftsministerium sowie die den Konsumvereinen nahestehenden Abgeordneten in den Kommissionen hätten den berechtigten Anträgen der Konsumvereine soweit wie möglich entsprochen. Ueber eine neue Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums, betreffend den Beitritt der Beamten zu den Konsumvereinen, wird eingehend berichtet und festgestellt, daß diese Verordnung endlich den Beamten volle Klarheit gibt und diese ohne Ausnahme den Konsumvereinen beitreten können.

Das Kapitel „Aufhebung der Zwangswirtschaft" wird von Bästlein eingehend erörtert. Der Referent bemerkt, daß eine Kritik an der Zwangswirtschaft nicht der heutigen Regierung gelte, sondern einer Zwangswirtschaft, die vollständig zusammengebrochen sei. Die heutige Regierung habe bei ihrem Antritt die Zwangswirtschaft vorgefunden und sie zunächst auch weiter durchführen müssen. Die Durchführung der Zwangswirtschaft sei jedoch nur möglich, wenn sie nicht nur auf dem Papier steht und den Einwohnern die Lebensmittelkarten überreicht werden, sondern wenn auch die Einwohner die ihnen darauf zustehenden Waren erhalten. Wenn letzteres nicht möglich sei, dann seien die Verordnungen über die Zwangswirtschaft ein Fetzen Papier, und es sei dringend notwendig, sich mit dem Abbau der Zwangswirtschaft zu beschäftigen. Die Getreidewirtschaft für das Jahr 1920/21 sei durch eine neue Verordnung geregelt. Die Kartoffelzwangswirtschaft und die Fleischwirtschaft seien Trauerspiele, wie sie nicht schlimmer sein können. Im übrigen sei es erwiesen, daß die Zwangswirtschaft die Waren viel zu sehr verteuere, wie man dies bei Margarine, Seife und anderes konstatieren könne. Auch die in Aussicht gestellte teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft könne keine Aenderung herbeiführen, da dadurch ja nur der Apparat der Kriegsgesellschaften und Behörden künstlich beibehalten werde.

Zum Schluß beantragte der Redner, die vom Vorstand, Ausschuß und Generalrat vorgelegte Resolution möglichst einstimmig anzunehmen.

In der darauffolgenden Debatte über den Geschäftsbericht laufen verschiedene kommunistische Redner Sturm gegen die Neutralität der Genossenschaften. Man müsse die Frage einmal grundsätzlich untersuchen. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine solle auch keine reformsozialistische Tätigkeit, sondern eine revolutionäre ausüben. Durch die Neutralität stütze man die gegenwärtige Regierung, und diese sei doch nur eine Stütze des Kapitals, während der genossenschaftliche Gedanke doch ein Feind des Kapitals sei. Auch werde der Betriebsrätefrage viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Man hätte auch in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" dem neuen Geiste keine Rechnung getragen, man habe auch versäumt, Aufklärung zu geben über das russische Konsumentenproblem.

Ein Diskussionsredner wandte sich energisch gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft, da diese zu einer ungeheuerlichen Preissteigerung führe.

Redakteur Kasch-Hamburg wies darauf hin, daß jede Meinung offene Tür in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" finde. Im übrigen hätten auch berufene Vertreter der russischen Genossenschaftsbewegung über das Leninsche konsumgenossenschaftliche Problem der Konsumkommunen in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" geschrieben. Aber auch diese hätten nur das bestätigt, was gestern der russische Delegierte in seiner Begrüßungsrede gesagt habe, daß die russischen Konsumgenossenschaften in Zwangsinstitutionen durch die Sowjetregierung umgewandelt worden seien. Und das könne nicht das Ziel der deutschen Genossenschaftsbewegung sein.

Zum Schluß wurde die von Bästlein-Hamburg vorgelegte Resolution über die Aufhebung der Zwangswirtschaft gegen wenige Stimmen angenommen.

Weiterberatung am Montag.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Deutsches Reich.

Massenflucht der Postbeamten und Telegraphenarbeiter aus den sogenannten neutralen Verbänden.

Hierzu wird uns vom Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiterverband, geschrieben:

Lange hat es gedauert, bis endlich auch die Postbeamten begriffen haben, daß die sogenannten neutralen Beamtenverbände alles andere darstellen, als die Interessenvertretung ihrer Mitglieder. Die letzte Besoldungsreform, nach der bekanntlich ein im Dienst ergrauter Postbeamter ein geringeres Einkommen erhielt als ein kurze Zeit beschäftigter Posthelfer, hat auch dem letzten Beamten die Augen über die besagten Verbände geöffnet. Wir waren daher nicht besonders erstaunt, als in den letzten Tagen in vielen Städten die Postbeamten zu unserer Organisation kamen und uns ersuchten, hier einzugreifen. Die von uns einberufenen Versammlungen zeigten nicht nur die Opposition, die bei den Postbeamten vorhanden ist, sondern auch schreckliche Bilder von der Notlage und dem Elend, in der sich die Postbeamten infolge der niedrigen Löhne befinden.

In den Versammlungen, die im ganzen rheinischen Industriebezirk stattfanden, kam allgemein zum Ausdruck, daß jedes Hoffen auf eine Umgestaltung der Beamtenverbände auf moderner gewerkschaftlicher Grundlage vergebens ist. Im Gegenteil hat der letzte Vertretertag in Berlin auch den bisher einigermaßen fortschrittlich gesinnten Vorstand gestürzt und eine dementsprechende Umgestaltung vorgenommen. Kein Wunder bei der Tatsache, daß von ungefähr 100 Vertretern die höheren Beamten etwa 80 Sitze haben. Daß dabei die unteren Beamten mit ihren Forderungen recht wenig Verständnis finden, ist allzu begreiflich. In den Versammlungen stieß daher der Antrag, in dem Beamtenbund weiter zu verbleiben, auf heftigste Opposition. Teilweise wurde in den Versammlungen auch die Beitragssperre empfohlen, aber durchweg kam überall zum Ausdruck, daß eine Besserung nur dann eintreten kann, wenn eine gewerkschaftliche Organisation am Verhandlungstisch als Kontrahent zugezogen würde.

Die Bewegung, die nunmehr eingesetzt hat, dürfte dazu führen, daß bei den nächsten Verhandlungen der Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Mitgliedschaft im D. T. A. V. schon als Verhandlungskontrahent hinzugezogen wird.

Das Reichspostministerium hat sich zwar bisher auf den Standpunkt gestellt, nur mit den neutralen Beamtenverbänden zu verhandeln. Sobald wir das Mandat in Händen haben, wird auch das Reichspostministerium seinen Standpunkt ändern müssen. Es liegt an den Postbeamten selbst, dafür zu sorgen, daß der Uebertritt und Anschluß an unsere Organisation so schnell wie möglich vorgenommen wird. In Essen haben die unteren Beamten den gründlichen Anfang hierzu gemacht. Essen hat nunmehr eine neue Ortsgruppe gebildet; zurzeit besteht die Ortsgruppe aus etwa 200 Kollegen, der Uebertritt von 400 Kollegen dürfte aber inzwischen vollzogen sein.

Neben den Postbeamten sind es auch die Telegraphenarbeiter, die sich bisher von den freien Organisationen ferngehalten haben. Sie gehörten im Industriegebiet vorwiegend dem Bochumer Verein an, der sich auch neutral nennt, in Wirklichkeit aber heute rechts und morgen links steht, wie es eben der Stimmung nach notwendig erscheint. Der Verband mit seinen 4000 Mitgliedern ist naturgemäß alles andere als eine gewerkschaftliche Organisation, schon aus der Tatsache heraus, daß es ihm nicht möglich ist, Streikunterstützungen zu zahlen. Seine Tätigkeit wird auch bei den Telegraphenarbeitern entsprechend bewertet. Aus allen Städten des Industriegebiets kommt die Mitteilung, daß die Telegraphenarbeiter auf den Anschluß an unsere Organisation drängen. Die Essener Telegraphenarbeiter haben in der letzten Versammlung einstimmig den sofortigen Uebertritt zu unserer Organisation beschlossen. Von den 160 Telegraphenarbeitern haben bereits 135 ihre Mitgliedsbücher abgegeben. Der Anfang ist nunmehr auch bei den Telegraphenarbeitern gemacht. Der Bochumer Verein hat sein Zeitliches gesegnet. Der Verband des Post- und Telegraphenpersonals, Sektion des D. T. A. V., wird daher in den nächsten Tagen erheblich an Stärke gewinnen und eine freie Postgewerkschaft Deutschlands wird recht bald die übergroße Mehrzahl des Post- und Telegraphenpersonals als Mitglieder verzeichnen. Den Postbeamten und den Telegraphenarbeitern ganz Deutschlands, im besonderen des Industriebezirks, rufen wir zu: Folgt dem Beispiel der Essener Kollegen, dann haben Eure Hoffnungen auf Besserung der wirtschaftlichen Lage auch einen Sinn, andernfalls wartet Ihr bis zum St. Nimmerleinstag.

Internationales.

Streik in den Genueser Lokomotivwerkstätten.

WTB. Rom, 14. Juni. Laut „Giornale d'Italia" traten die Arbeiter in den Lokomotivwerkstätten in Genua in den Ausstand.

Soziale Rundschau.

Aerzte und Krankenkassen.

Der Beirat des Leipziger Aerzteverbandes hat den Schiedsspruch über das Honorar angenommen. Er erklärt weiter: Die Vereinbarungen über die freie Arztwahl haben bei der gesamten deutschen Aerzteschaft Enttäuschung hervorgerufen und sind demgemäß von den meisten Aerztevereinen abgelehnt worden. Erst die von den ärztlichen Unterhändlern gegebenen Erläuterungen haben erkennen lassen, daß die Kassenverbände ein Entgegenkommen gezeigt haben und der Einführung der freien Arztwahl bei den einzelnen Krankenkassen freie Bahn lassen wollen. Indessen ist die Vereinbarung ohne verbindliche Auslegung in ihrer Bedeutung nicht übersehbar. Ebenso bleiben viele Punkte, die der Entscheidung bedürfen, darunter auch die durch den Kampfzustand entstandenen (Einstellung schwebender Prozesse usw.), unerledigt. Im Falle der Annahme des Schiedsspruches durch die Krankenkassen beschließt der Beirat: die kassenärztliche Tätigkeit wird zu den Honorarleistungen des Schiedsspruches wieder aufgenommen — ohne Abschluß von Verträgen. Ueber solche darf nicht verhandelt werden, bis alle Punkte erledigt und durch verbindliche Auslegung festgestellt sind. Zu diesem Zweck sind Verhandlungen sofort aufzunehmen. Der Vorstand des Leipziger Verbandes bestimmt, wann Ziffer 3 in Kraft tritt und gibt für diesen Fall genaue Richtlinien.

Volkswirtschaft.

Der Wirtschaftsrat über Stillegung von Betrieben.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium beriet, wie die P. P. N. melden, in seiner Sitzung vom 10. Juni unter anderem über die Maßnahmen, die zur Vermeidung von Stillegung von Betrieben getroffen werden könnten. Besonderes Interesse beanspruchte der Bericht, den der Staatssekretär Dr. Hirsch über die Lage in Pirmasens erstattete. Bekanntlich haben die Pirmasenser Schuhfabriken sämtlich ihre Betriebe eingestellt. Staatssekretär Hirsch konnte feststellen, daß diese Stillegung nicht auf den bösen Willen, eine sogenannte Unternehmersabotage, zurückzuführen sei, sondern daß tatsächlich eine derartige Ueberproduktion stattgefunden habe, daß an ein Absetzen der riesigen Läger unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht zu denken war. Die Bankkredite der Fabrikanten sind vollständig erschöpft. Die Arbeitslosenunterstützung für die etwa 9000 feiernden Arbeiter beträgt allein 5 bis 5½ Millionen Mark im Monat, wozu noch eine von den Unternehmern freiwillig gewährte Unterstützung (in Gestalt tarifmäßig bezahlter Urlaubstage) hinzukommt. Würden die Fabrikanten ihre Betriebe weiterarbeiten lassen, wären die Risikobeträge, namentlich bei einem weiteren Preissturz, aber noch unverhältnismäßig viel größer als diese Unterstützung. Bei den Besprechungen, die Staatssekretär Dr. Hirsch in Pirmasens hatte, wurden zwei Wege als vielleicht gangbar erörtert. Der eine hätte darin bestanden, die Schuhwaren vorübergehend zur Ausfuhr freizugeben, doch mußte man hiervon absehen, weil der ungedeckte Inlandsbedarf bei weitem zu groß ist. Eine zweite Möglichkeit liegt darin, die Schuhindustrie durch Aufträge des Reiches zu unterstützen, wobei die Unternehmer ein angesichts der vorherigen Gewinne erträgliches Opfer zu bringen hätten. Als vorläufige Regelung hat man in Aussicht genommen, durch die Schuhnotstandsversorgung größere Posten Schuhwerk abzunehmen und zu billigen Preisen an die Gemeinden, Konsumvereine usw. abzugeben. Die Finanzierung würde unter Mithilfe aller beteiligten Instanzen, auch unter Heranziehung der Mittel der „produktiven Erwerbslosenfürsorge", geregelt werden. Die in Aussicht genommenen Abgabepreise der Fabriken für Herrenstraßenstiefel mit etwa 120 bis 125 M pro Paar, für geringere Qualitäten wesentlich billiger, würden eine entsprechend billige Abgabe durch Gemeinden und Konsumvereine ermöglichen und so einerseits die Abnahme erleichtern, anderseits auf das allgemeine Preisniveau für Schuhe eine Einwirkung ausüben und so auch den jetzt stockenden Absatz beschleunigen. Die Fabrikanten verpflichten sich, sobald die Aufträge erteilt sind, gleiche Mengen sofort in Arbeit zu geben, um ein längeres Stilliegen der Betriebe zu vermeiden. Auf diese Weise hofft man, auch den andern mit Stillegung bedrohten Industrien ein Beispiel zu geben, wie man weitere Stillegungen, die die Interessen aller Bevölkerungsschichten schädigen, vermeiden kann.

Ferner wurde von verschiedenen Seiten Klage darüber geführt, daß industrielle Betriebe, die über genügend Rohmaterialien und Kohlen verfügen, dennoch ihre Betriebe stillegten, weil sie ihre übervollen Läger unter der Einwirkung des Preissturzes nicht verkaufen können. Es wurde von Fällen berichtet, in denen sogar die maschinellen Einrichtungen solcher Werke verkauft worden seien. Wie sich in der Aussprache ergab, hat man auf seiten der Regierung bisher darauf verzichten zu können geglaubt, besondere Verordnungen zu erlassen, die eine derartige Stillegung verhindern. Die vorhandenen rechtlichen Befugnisse der Demobilmachungsstellen reichen aus, um ungerechtfertigte Stillegungen zu verhindern. Seitens der Reichsregierung sind die Länder darauf hingewiesen worden, und besonders das Reichsministerium des Innern wurde dringendst darauf aufmerksam gemacht, welche Gefahren ein spekulatives Abbrechen habe. Anderseits wurde von Vertretern der Industrien darauf aufmerksam gemacht, daß eine ganze Reihe von Betrieben zwangsweise stilliegen, weil sie nicht die zur Arbeit nötigen Kohlen erhalten können. Es wurde beispielweise darauf hingewiesen, daß aus dem Material zahlreicher abgebrochener Ziegeleien Wohngebäude für Arbeiter errichtet worden seien.

Kohlenschiebung.

In letzter Zeit mehren sich Kohlenangebote an deutsche Industrielle, vor denen gewarnt werden muß. Diese Angebote gehen mittelbar oder unmittelbar von früher feindlichen Persönlichkeiten, die sich zum Teil offizielle Eigenschaften beilegen und von Neutralen und Einheimischen aus, die offenbar mit den Erstgenannten zusammenarbeiten. Die wucherischen Preise, die für diese Kohlen verlangt wurden, werden teils damit begründet, daß es sich um Deputatkohle, teils damit, daß es sich um von unseren früheren Feinden nach Deutschland zurückverkaufte Wiedergutmachungskohle handle, eine Behauptung, die den Stempel der Unaufrichtigkeit auf der Stirn trägt. Ferner wird von den fraglichen Agenten behauptet, daß mit diesen Geschäften der Reichskommissar für die Kohlenverteilung und das Kohlensyndikat in Essen einverstanden seien, eine Behauptung, die, wie die „P. P. N." von zuständiger Seite erfahren, völlig aus der Luft gegriffen ist. Die Begleitumstände der ganzen Vorgänge lassen darauf schließen, daß es sich bei allen diesen Angeboten entweder um eine groß angelegte Schiebung oder um einen Akt privater Handelsspionage handelt. In beiden Fällen werden die unvorsichtigen Verbraucher, die sich auf diese fragwürdigen Angebote einlassen, Gefahr laufen, nicht nur gegen die geltenden gesetzlichen Vorschriften zu verstoßen, sondern auch geschäftlich empfindlichsten Schaden zu erleiden.

Kleine Chronik.

Direkte Zugverbindungen nach Italien. Seit 1. Juni d. J. besteht eine neue direkte Zugverbindung von Berlin und Dresden über Hof und von Prag über Eger, München und den Brenner nach Italien und zurück. Der Fahrplan ist folgender: Ab Berlin, Anhalter Bahnhof, 7,45 vorm., ab Leipzig 10,46 vorm., ab München 10,33 abds., ab Florenz 11,50 abds., ab Rom 8,20 vorm., an Neapel 2,00 nachm. In umgekehrter Richtung verkehren die Züge: Ab Neapel 5.35 nachm., ab Florenz 6,10 abds., ab München 8,30 vorm. ab Leipzig 5,55 nachm., an Berlin, Anhalter Bahnhof, 9,30 abds. Direkte Anschlüsse bestehen von und nach Dresden, Prag und Marienbad, sowie nach und von Venedig und Mailand. Die Züge führen direkte Wagen zwischen Berlin sowie Prag und Rom, ferner Speisewagen zwischen Berlin und München.

Polnische Preßfreiheit. Ueber die Schließung des „Geselligen" in Graudenz erfahren wir aus zuverlässiger Quelle folgendes: Vor ungefähr fünf Wochen wurde unser Parteigenosse Emil Jachowski in Graudenz gelegentlich eines Wortwechsels von zwei polnischen Soldaten auf der Straße erschossen. Das Gewerkschaftskartell Graudenz widmete im „Geselligen" diesem Parteigenossen einen ehrenvollen Nachruf und erwähnte in diesem, daß Jachowski erschossen worden ist. Die polnischen Behörden suchten schon lange einen Grund, um den „Geselligen", der auch im benachbarten westpreußischen Abstimmungsgebiet erscheint und selbstverständlich nicht die rosigsten Nachrichten aus Polen brachte, tot zu machen. In dem Nachruf für den Genossen Jachowski fanden die Polen nun den Grund, um den unangenehmen „Geselligen" ein für allemal zu unterdrücken. Der Rotationsmaschinensaal wurde versiegelt, so daß keine Zeitung erscheinen kann. Das Personal wurde bis auf einen Bruchteil, der Geschäftsdrucksachen herstellt, entlassen. Durch dieses Verbot hofften die polnischen Behörden, die Wahrheit über die Zustände in Polen zu unterdrücken. So sieht die „Meinungsfreiheit" in der „Republik" Polen aus. Arbeiter, merkt euch das bei der bevorstehenden Volksabstimmung.

Die englischen Heringsfischer sind in einen 14tägigen Streik getreten, weil die Regierung sich nicht bereiterklärte, einen Mindestpreis für Heringe für diesen Sommer und Herbst festzusetzen. Es handelt sich um ein gemeinsames Vorgehen der Fischer, Reeder und Großhändler.

Ein Ganzradikaler. Am 13. Juni hielt die Kommunistische Arbeiterpartei am Grabe von Rosa Luxemburg eine Versammlung ab. Aus diesem Anlaß teilt die „Rote Fahne" folgendes mit: Auf dem ersten Parteitag der Kommunistischen Partei, der im Spätherbst 1918 stattfand, waren Albert Fister und Frau Schröder-Mahncke unter den Delegierten und natürlich unter den Erzradikalen. Als Rosa Luxemburg Otto Rühle fragte, was zu machen sei, wenn die Nationalversammlung zusammentrete, gab er die prompte Antwort: „Mit Maschinengewehren auseinandertreiben." Rühle hatte die Radikalen und Erzradikalen für sich. Acht Tage später handelten sie nach diesem Rezept und viele haben ihr Blut und ihr Leben dabei gelassen. Otto Rühle aber saß in Dresden, war weiter radikal und sagte, als die in Berlin nach seinem Rezept handelten, „die sind verrückt geworden in Berlin" und rührte keinen Finger und blieb und bleibt auch weiter ein ganz Radikaler.

Die „Königlichen" Beamten und Behörden sterben nicht aus, am allerwenigsten in Pommern, wo man die Republik nur als ein vorübergehendes Intermezzo betrachtet, das auf den Bestand der glorreichen Hohenzollern-Monarchie keinen nachhaltigen Einfluß ausüben wird. Ein Freund unseres Blattes sendet uns das „Warener Tageblatt" vom 23. Mai 1920, in dessen Inseratenteil eine Bock-Auktion in der Stammschäferei zu Gnevkow, Kreis Demmin, angezeigt wird. Unterfertigt ist diese Bekanntmachung: Nicolai, Königl. Oberamtmann. — Wann wird sich eine Regierung finden, die nicht nur den Willen, sondern auch die Macht hat, mit diesen „Königlichen" und allem Titelkram aufzuräumen?

Vereine und Versammlungen.

Versammlung des Verbandes der Steinsetzer und Berufsgenossen, Filiale Hamburg 1, am 11. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Schütt die gewählten Betriebsräte und Obleute auf die Betriebsrätezeitung aufmerksam. Ein Antrag Semmelhaak, zweihundert Protokolle vom X. Verbandstag zu bestellen, wird angenommen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Bezirksleiters, teilt Iden mit, daß sich nur zwei Bewerber für diesen Posten gefunden haben, die Kollegen Prestin und Schomann. Die Wahl findet getrennt in den einzelnen Filialen des Städtegebiets statt, und wird das Gesamtresultat in den nächsten Tagen bekannt werden. Ein Antrag Iden, für das Wirtschaftsgebiet eine Kommission von 7 Personen zu wählen, die die Geschäftsführung des Bezirksleiters zu überwachen hat, wird angenommen. Zum zweiten Punkt, Reichstarif, geben Schütt und Göckemeyer einige Erläuterungen. Die Diskussion hierüber ergibt, daß auch eine Revision des örtlichen Tarifs, vor allen Dingen eine den Verhältnissen entsprechende Lohnregulierung, als besonders notwendig erachtet wird. Seitens mehrerer Redner wurde darauf hingewiesen, daß die letzte Lohnzulage doch nur als Abschlagszahlung gedacht und angenommen worden sei, und daß es daher Pflicht der Kommission gewesen wäre, schon lange wieder erneute Verhandlungen anzubahnen. Schütt legt klar, aus welchen Gründen dieses nicht geschehen ist. Unter „Verbandsangelegenheiten" erhebt sich scharfer Widerspruch gegen die auf dem X. Verbandstage festgelegten Beiträge bei Arbeitslosigkeit. Beschlossen wird, bis zum Zusammentreten des Verbandsbeirats und dessen endgültiger Entscheidung diese Beiträge aus der Lokalkasse zu decken. Ein Antrag Iden, den Lokalbeitrag ab 1. Juli auf 50 ₰ zu erhöhen, wird angenommen.

Tabakarbeiter. Mitgliederversammlung am 9. Juni bei Rieck. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Selpien Auskunft über verschiedene Steuerfragen, unter anderm, daß Hausarbeiter den Fuhrlohn, Licht und weitere Unkosten erst am Schluß des Jahres in Abrechnung bringen dürfen. Ein Antrag auf Beitragsbefreiung der Erwerbslosen wurde, nachdem Kollege Selpien auf unser Verbandsstatut verwiesen, der Ortsverwaltung zur Berücksichtigung überwiesen. Kollege Selpien gibt noch Hinweise auf Erlangung der Vollunterstützung durch die Zollbehörde. Zur Bewältigung der vielen Arbeit im Bureau wird es der Ortsverwaltung überlassen, eine Hilfskraft einzustellen. Die Betriebsräte sollen darauf dringen, daß, um Entlassungen zu vermeiden, teilweise gearbeitet wird. Eine Beschwerde des Kollegen Bredel wegen Versammlungsanzeigen in der „Volkszeitung" stellt der Kollege Selpien richtig. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, betreffend unsere Teuerungszulagen, verweist Kollege Selpien auf Nr. 22 des „Tabakarbeiter" und verliest ein Schreiben der Bezirksgruppe 3 des R. D. Z. Die drei Zentralvorstände haben sich an das Reichswirtschaftsministerium gewandt. Kollege Zorritsma verspricht sich nicht viel davon. Kollege Bredel verweist auf seinen schon früher ablehnenden Standpunkt betreffs Tarifverträge und Arbeitsgemeinschaft. Kollege Stegmann wundert sich, daß die Vorstände in ihrer Forderung die Kartoffelzulage fallen lassen. Kollege Selpien bespricht die Stellung der sämtlichen Gewerkschaften in der jetzigen Wirtschaftskrisis. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, betreffend Ferien, wird der Antrag der Ortsverwaltung angenommen, wonach alle vor dem 1. Mai eingestellten Kollegen, ferner alle vor dem 1. Mai arbeitslosen, nach dem 1. Mai aber eingestellten Kollegen Ferien erhalten sollen; die andern nach dem 1. Mai Eingestellten dagegen nicht. Ohne Diskussion wird ein Antrag der Ortsverwaltung für Zuschläge für größere Zigarren angenommen. Nach langer, die schwierige Lösung des Stückblattes betreffenden Diskussion wurde der prozentual steigende Vorschlag der Ortsverwaltung, mit einem Antrage vom Kollegen Rieck bei Brasilbearbeitung, von der Versammlung angenommen.

Letzte Nachrichten.

Vorläufige Einigung im Aerzte-Streik.

WTB. Dresden, 14. Juni. Der Hauptverband der deutschen Ortskrankenkassen teilt mit: Der Schiedsspruch im Aerztestreit ist von den Krankenkassenverbänden mit der Bedingung angenommen worden, daß Mindesthöchstsätze für die Pauschbeträge des Aerztehonorars festgesetzt werden. Zentrale Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium stehen bevor. Bis zur endgültigen Einigung bleibt der vertragslose Zustand bestehen.

Die Polen räumten Kiew.

WTB. Amsterdam, 14. Juni. Wie die „Times" aus Warschau meldet, wurde die Räumung Kiews dadurch erzwungen, daß im Norden eine russische Infanteriedivision und eine Kavalleriebrigade und im Süden Reiterei des Generals Dudenny in Stärke von 8000 Mann die polnische Linie durchbrochen haben soll.

WTB. Amsterdam, 14. Juni. Eine drahtlose Moskauer Meldung besagt, daß die roten Truppen Kiew besetzten. Vor der Räumung sprengten die Polen die Wladimirkathedrale, die Eisenbahnstationen, die Elektrizitätszentrale und die Wasserleitung. Diese letztere Maßnahme ist durch keine militärische Notwendigkeit zu begründen. Eine Stadt von über 100 000 Menschen ist hierdurch den schwersten epidemischen Krankheiten ausgeliefert.

Eine persische Sowjet-Regierung.

WTB. Amsterdam, 14. Juni. Einer Timesmeldung vom 10. Juni aus Teheran zufolge hat sich Kutschik Khan nach einigem Schwanken zum Leninismus entschieden und sich selbst in Rescht zum Ministerpräsidenten und Kriegsminister der „persischen Sowjetregierung" ausgerufen. Das deutsche Konsulat in Täbris wird dem Bericht zufolge noch immer belagert.

Bücher und Schriften.

In dritter Auflage erschien kürzlich Radbruchs „Einführung in die Rechtswissenschaft" (Wissenschaft und Bildung, Band 79, Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig, Preis nur 4 M).

Jedem, der sich mit öffentlichen Fragen beschäftigt, einerlei ob Abgeordneter, Beamter, Lehrer, Arbeiter- oder Betriebsrat oder Rechtsbeflissener, kann das 200 Seiten starke Büchlein nicht genug zum Studieren empfohlen werden. Zuviel Respekt vor der Juristerei ist ganz gewiß vom Uebel; radikale Versammlungspolitiker zeichnen sich meist durch verblüffende Unkenntnis der einfachsten staats- und verwaltungsrechtlichen Grundsätze aus; wer sich ehrlich Klarheit verschaffen will über die verschiedenen Gebiete des Rechts, ohne sich durch zu viele Einzelheiten den Blick trüben zu lassen und die Uebersicht zu verlieren, wer sich ein Verständnis erarbeiten will für das Wesen des Staats- und Verwaltungsrechts, des Privat- und Strafrechts, des Gerichtsverfassungs- und Prozeßrechts, des Kirchen- und Völkerrechts, dem sei Radbruchs klar und warmherzig geschriebene „Einführung in die Rechtswissenschaft" nachdrücklich empfohlen.

Ueber die Persönlichkeit des Verfassers sei noch bemerkt: An vierter Stelle der Reichsliste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist der außerordentliche Professor der Rechte an der Kieler Universität, Dr. Radbruch, in den Reichstag entsandt worden. Genosse Radbruch hat an der Kieler Abwehrbewegung gegen den Kapp-Putsch tätigen Anteil genommen und war auf Anordnung des Hochverräters Admiral von Levetzow zusammen mit unseren Genossen Kürbis und Garbe in Haft genommen worden.

Walter Lamp'l.

Sprechsaal.

Zimmerer von Hamburg und Umgegend. Die Mitglieder vom Bezirk 24, Wandsbeck, werden ersucht, zu der am Mittwoch, 16. Juni, abends 7 Uhr, bei Römling, Wendemuthstraße 77, stattfindenden Zusammenkunft vollzählig zu erscheinen. Der Vorstand.

Briefkasten.

Sprechstunde bis auf weiteres nur 10—12 Uhr vormittags

Gartenstadt. Wenden Sie sich an die Gartenstadt-Gesellschaft Wandsbeck mit einem entsprechenden Antrag.

J. P. O. 12. Der Zentralverband der Vorbestraften befindet sich St. Pauli, Eimsbüttelerstraße 48.

S. R. 1. 5 Gramm Karbolsäure werden mit 100 Gramm abgekochtem, wieder erkaltetem Wasser gemischt. Mittels eines Oelkännchens, wie solches zu den Nähmaschinen gebraucht wird, träufelt man die Mischung in die sichtbaren Löcher. Einige Tage nacheinander muß das Verfahren wiederholt werden, dann sollen aber die Würmer und ihre Brut sicher vertilgt und unschädlich gemacht sein. — Ein Leser unseres Blattes hat folgendes Mittel gegen die Holzwürmer mit Erfolg angewandt. Ein Woll- oder Leinenlappen wird mit Petroleum getränkt und hiermit die befallenen Mobilien abgerieben. Wird dies wöchentlich zweimal gemacht, so wird eine vier- bis fünfmalige Wiederholung die Würmer samt Brut vernichten. 2. Der Höchstpreis für Braunkohle ist in der amtlichen Preisfestsetzung nicht mit angegeben. Für Braunkohlenbriketts ist der Höchstpreis 22,50 M für den Zentner. 3. Danach müssen Sie einen Kohlenfachmann fragen.

J. K. 100, St. Pauli, Eimsbüttelerstraße 48.

Anzeigen.

Sozialdemokrat. Verein f. d. hamb. Staatsgebiet.
St. Georg-Nord. 36. Bezirk.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der langjährige Genosse
Peter Minners
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Beerdigung: Mittwoch, 16. Juni, nachmittags 3 Uhr, von Kapelle 10.
Die Distriktsleitung.

Sozialdem. Verein Altona-Ottensen.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern die Nachricht, daß die Genossin
Louise Reimer
gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Beerdigung: Mittwoch, 16. Juni, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehause, Herderstr. 40, aus.

Schellack u. Tafelleim kauft jedes Quantum
Hansson,
Rutschbahn 10 K, Holzhlg. Geöffn. von 4—7 Uhr.

Neue Feilen kauft jeden Posten gegen Kasse
J. Pohlmann Nachf., Hamburg-Barmb., Heitmannstraße 8, K. Nordsee 2231.

Neue Spiralbohrer kauft
J. Pohlmann Nachf., Hamburg 22, Heitmannstraße 8, K. Nordsee 2231.

Spiralbohrer kauft
W. Pick, Michaelisstraße 64.

Alteisen, Metalle u. Bruchglas kauft Theophil Wierzbicki, Hammersteindamm 80. Alster 1560.

Wir empfehlen:
Das Betriebsrätegesetz nebst Wahlordnung.
Textausgaben: Preis M. 1, 1.20, 2,40, 3.
Buchhandlung Auer & Co., Hamburg 36, Fehlandstraße 11.